

Washington Post verabschiedet sich von ernsthaftem Journalismus

☒ Auf der [Webseite der Washington Post](#) fanden wir die folgende Stellungnahme des 'palästinensischen Journalisten' Daoud Kuttab (Foto). Dieses hasserfüllte Machwerk enthüllt in erschreckender Offenheit die Denkstrukturen im (gebildeten) arabischen Teil des Nahen Ostens.

Israel wird als Sündenbock für jedweden muslimischen Terror überall in der Welt missbraucht, es scheint, dass selbst die Vorgänge in Mumbai, Bali oder selbst in Darfur (mit 200.000 Toten während der letzten vier Jahre) auf die Existenz Israels zurückzuführen sind. Grad heute wieder hat Hamas in Teheran erklärt, dass man Israel niemals anerkennen wird. Im Kommentarbereich unterhalb des Artikels fällt ein wichtiger Satz:

“Amerika hat eine Verpflichtung gegenüber Israel, garantiert – so hatten es Frankreich und Grossbritannien 1938 gegenüber der Tschechoslowakei. Es hat nicht wirklich geholfen, damals das Monster zu füttern. Jetzt Israel den Islamisten auszuliefern, würde diese nur ermutigen.”

Indem die Vereinigten Staaten Israel unterstützen, unterstützt man die Demokratie in dieser Region. Und beschützt uns vor arabischen Machtbestrebungen – denn, Israel wäre nur ein Meilenstein auf dem Weg zum Weltkalifat.

Daoud Kuttab in der Washington Post:

Die USA haben eine Verantwortung in Israel

Nach dem Rückzug von Rumsfield und Bolton aus der politischen

Szene, dem von den beiden Parteien Baker und Hamilton vorgelegten Bericht und der offenen Rede Jimmy Carters, weisen alle Zeichen darauf hin, dass die Amerikaner endlich zu erkennen beginnen, dass Israel eine Verantwortung und kein Guthaben in ihren globalen Interessen darstellt. Dennoch denke ich, dass wir noch weit entfernt vom Ende der US Vorherrschaft im palästinensisch-israelischen Konflikt sind. Israel ist leider noch immer ein inländisches Thema in den USA und AIPACs Stärke wurde noch nicht geschwächt, trotz Versuchen von US Akademikern, diese zu enthüllen.

Die übertriebene und unglaublich blinde Unterstützung Israels wird offenkundig gemacht. Hoffentlich wird dies einer vernünftigeren US-Außenpolitik den Weg zeigen, welche dann berücksichtigt, was der Rest der Welt denkt. Bisher sind wir weit entfernt von dem, was notwendig wäre, um die Misere zu beenden, welche durch die Ungerechtigkeit von fast 40 Jahren Besetzung Palästinas ausgelöst worden ist. Notwendig ist eine aktivere Rolle der USA, die das Gleiche tun kann, was Bush senior und James Baker III bei der Shamir Regierung am Vorabend der 10 Milliarden Dollar Garantie und des Madrider Friedensprozesses getan haben.

Das nächste Jahr oder so wird vielleicht ein kleines Fenster der Gelegenheit öffnen, sollte es zu einer palästinensischen Regierung der nationalen Einheit kommen, die moderaten arabischen Länder ernsthaft handeln und Grossbritannien seine europäischen Partner dazu bringen, von Olmert Antworten für die illegale Besetzung durch sein Land und die Behinderung echter Verhandlungen zu verlangen.

Da kann einem nur noch das Essen wieder hoch kommen ...

Der UNO Menschenrechtsrat UNHRC

☒ Diese neue UNO Organisation, welche eigentlich den Schutz der Menschenrechte einfordern sollte, verbringt all ihre Zeit mit Attacken auf Israel. Auf [HonestReporting](#) fanden wir diesen Bericht und haben ihn für die Leser von *PI* ins Deutsche übersetzt.

Im Juni 2006 eröffnete UNO Generalsekretär Kofi Annan den neuen UNO Menschenrechtsrat als Nachfolger für die Menschenrechtskommission, welche oft wegen der Mitgliedschaft der schlimmsten Menschenrechtsverletzter der Welt kritisiert worden war. Es gab grosse Hoffnungen, dass der neue Rat zu einem echten Beschützer der Menschenrechte in der Welt werden würde. Bei der Eröffnungszeremonie sagte Kofi Annan:

„Dieser Rat stellt eine neue Chance für die Vereinten Nationen und die Menschheit dar, den Kampf für Menschenrechte zu erneuern. „

Im Gegensatz zu diesen hohen Hoffnungen hat sich der Rat schnell auf die Verurteilung Israels konzentriert, während er gleichzeitig die schlimmsten Fälle von Menschenrechtsverletzungen weltweit ignoriert. Die Medien nennen internationale Gremien wie dieses oft als Bezugsquelle und moralische Instanz. Aus diesem Grund wurde bei [HonestReporting](#) die Notwendigkeit erkannt, die unausgeglichene und politisierenden Standpunkte des Rates aufzudecken.

Bei der ersten Zusammenkunft des UNHRC wurde nur eine einzige Nation kritisiert – Israel. Der Rat entschied, dass Israel Menschenrechte verletzt und um seine vorgreifende Zusammenfassung zu bestätigen, ordnete er eine Untersuchung

an. Der Rat sagte auch sehr deutlich, welche Untersuchungsergebnisse er erwartete. Der Rat

...entschied sich, Menschenrechtsverletzungen und die Auswirkungen der israelischen Besetzung von Palästina und anderer okkupierter arabischer Territorien festzustellen.

Diese Resolution genehmigte eine Sondersitzung des UNHRC mit Israel als einzigen Schwerpunkt und ebenfalls, dass diese Problematik auf der Tagesordnung aller folgenden UNHRC Treffen stehen wird.

Menschenrechtsverletzungen in Darfur werden dagegen ignoriert. Wie in [Eye on the UN](#) aufgelistet, sind in Darfur drei Viertel von einer Million Menschen ausserhalb der Reichweite von Hilfslieferungen, 2.5 Millionen Menschen wurden durch Gewalt vertrieben, 385.000 Menschen sind unmittelbar vom Hungertod bedroht und über zwei Millionen Menschen sind bereits in 22 Jahren Gewalt und Entbehrungen gestorben. Es sind keine Pläne des führenden UNO Menschenrechtsrates bekannt, hierzu eine Sondersitzung abzuhalten.

Auf der zweiten Sitzung der UNHRC am 6. Juli 2006 überraschte es daher nicht, dass diese Sondersitzung lediglich als vehemente Attacke auf Israel diente. Der Rat genehmigte [Resolution S-1/1](#) zur Menschenrechtssituation in den besetzten palästinensischen Gebieten. Diese Resolution wurde ohne jegliche Erwähnung des historischen Kontexts, des Terrorismus oder der israelischen Friedensvorschläge erlassen und:

- drückte eine tiefe Sorge über die Verletzungen internationalen Rechts durch Israel aus;
- fordert, dass Israel militärische Operationen in den besetzten palästinensischen Gebieten einstellt und
- fordert Israel dringendst auf, inhaftierte Mitglieder der

palästinenschen Verwaltung (die zugleich Mitglieder der Hamas Terrororganisation sind) zu entlassen.

Am gleichen Tag, als sich der Rat traf, um über Israel zu diskutieren, wurde ein Bericht der [Human Rights Watch](#) veröffentlicht:

Als Antwort auf einen nationalen Streik gegen die Erhöhung der Preise für Reis und Benzin, haben die Sicherheitskräfte in Guinea Morde, Vergewaltigungen, Angriffe und Diebstähle gegenüber Demonstranten und Unbeteiligten begangen.

Bis zum heutigen Tag hat der Rat keinerlei Aktionen wegen der Menschenrechtsverletzungen in Guinea eingeleitet.

Am 11. August, nachdem die Hisbollah unprovokiert Israel angegriffen hatte, entschied sich der UNHRC, eine weitere Sondersitzung abzuhalten. Der Rat war nicht an den Fakten zum Entstehen des Konfliktes interessiert. Statt dessen wurde eine Kommission gegründet, welche die Situation untersuchen sollte – dieser Kommission wurde allerdings explizit untersagt, die Handlungen der Hisbollah zu untersuchen. [Resolution S-2/1](#), welche die Untersuchung genehmigt, gibt ihr lediglich das Mandat, besondere Aspekte des Konfliktes zu untersuchen. Diese wurden definiert als:

*„1. Untersuchen des systematischen Beschusses und Tötens von Zivilisten durch Israel im Libanon;
2. Untersuchung der von Israel benutzten Waffenarten und deren Übereinstimmung mit internationalen Recht; und
3. Feststellen des Ausmaßes und der tödlichen Auswirkungen israelischer Angriffe auf menschliches Leben, Eigentum, wichtige Infrastruktur und Umwelt.“*

Der Bericht stellt fest: Es steht dem Rat nicht zu, den politisch-rechtlichen Kontext der Durchführung von Resolution S-2/1 zu kommentieren oder Bewertungen zum Inhalt seines

Mandates abzugeben. Es ist offensichtlich, dass das Mandat des Rates Grenzen hat ... und diese erlauben keine vollständige Untersuchung aller Aspekte des Konfliktes. ... Der Rat hat nicht das Recht, selbst wenn er dies wünschen würde, dieses Mandat gleichzeitig zur Untersuchung der Handlungen der Hisbollah in Israel zu nutzen. Dies würde die bewertende Funktion des Rates überschreiten und würde eine widerrechtliche Überschreitung des Mandates durch den Rat bedeuten.

Der UNHRC hat vorsätzlich eine faire Untersuchung des Konfliktes verhindert. Jede einigermaßen substantielle Untersuchung hätte festgestellt, dass:

- Der Konflikt durch die Ermordung und Entführung israelischer Soldaten auf und von israelischen Gebiet begonnen hatte.
- Tausende Raketen vorsätzlich auf israelische Wohngebiete abgeschossen wurden.
- Die Ergebnisse in Bezug auf Menschenleben, zerstörten Häusern und der Schaden der israelischen Wirtschaft durch den Krieg enorm waren.

Während jegliche Informationen von israelischer Regierungsseite ignoriert wurden, hat der UNHRC eine Liste von 56 „Massakern durch die israelische Armee“ von der libanesischen Regierung als Fakt akzeptiert. (Annex VI). Der vollständige Bericht ist [hier verfügbar](#) online.

Am 15. November, nachdem 19 Palästinenser durch eine fehlgeleitete Rakete getötet worden waren, veranstaltete die UNHRC eine weitere Sondersitzung. Wie auf [HonestReporting](#) ausgeführt (Anmerkung: [auf Deutsch hier auf PI](#)), wurde diese schreckliche Tragödie durch einen unbeabsichtigten Unfall ausgelöst. Die israelische Regierung hat sich sofort entschuldigt und klargestellt, dass es niemals zu diesem Zwischenfall gekommen wäre, würden die Palästinenser aufhören, Raketen auf Sderot zu schießen.

Durch die sofortige Einberufung einer weiteren Sondersitzung

des UNHRC wurde Israel in einer weiteren Resolution verurteilt. Wieder einmal wurden die permanenten Raketenangriffe auf israelische Wohngebiete überhaupt nicht erwähnt. Gilad Shalit, der noch immer im Gaza gefangen gehalten wird, war dem Rat keine Silbe wert. Der Rat hat nichts zur Aufklärung der Hintergründe des Unfalls beigetragen. Der Rat

„drückte seinen Schock über den Horror des israelischen Mordes von palästinensischer Zivilisten in Beit Hanoun aus und forderte die Überstellung der Verursacher an die Justiz“.

Der Rat beschloss, eine 'Fact finding Mission' zu senden um

„Empfehlungen abgeben zu können, wie palästinensische Zivilisten gegen weitere israelische Angriffe geschützt werden können.“

Es wurde keinerlei Bemerkung gemacht, wie denn israelische Zivilisten vor zukünftigen Angriffen geschützt werden können.

Zur gleichen Zeit als der Rat tagte, berichtete der [Toronto Star](#) über eine Studie der Human Rights Watch:

Es gibt „deutliche und zwingende Beweise“, dass Regierungskräfte in Sri Lanka Untergrundkämpfern helfen, Jungen und junge Männer zu entführen, um diese zu Kindersoldaten auszubilden. Bis heute wurden über 65.000 Menschen bei diesem Konflikt getötet. Der Menschenrechtsrat hat allerdings noch niemals den Missbrauch von Kindern durch die Regierung und den fortgesetzten Massenmord in Sri Lanka diskutiert.

Den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen gibt es nunmehr etwas über sechs Monate. In dieser Zeit wurden durch ihn schrecklichen Menschenrechtsverletzungen überall in der Welt ignoriert. Er wurde zu einer Organisation, dessen einzige Aufgabe die Verurteilung und Verunglimpfung Israels ist. Als solcher verdient er keinerlei Glaubwürdigkeit und sollte von

den Medien nicht als Quelle bei Berichten über Menschenrechtsverletzungen angesehen werden.

USA: Keine Visa an Hamas-Mitglieder

☒ Der amerikanische Senat hat ein Gesetz verabschiedet, das die Ausgabe von Visa an Hamas-Mitglieder der palästinensischen Autonomiebehörde verbietet. Das US-Repräsentantenhaus hat am gestrigen Donnerstag das neue Gesetz angenommen. In dem Text wird von der islamo-faschistischen Hamas gefordert, die zwischen Palästinensern und Israel geschlossenen Vereinbarungen anzuerkennen, die Existenz Israels nicht im Frage zu stellen und der Gewalt abzuschwören. Diese Forderungen stellte auch das so genannte Nahost-Quartett aus EU, USA, Russland und Vereinten Nationen. [\(Quelle\)](#)

(Spürnase: Frank R.)

Irak: Desaster aufgrund fehlender Islamkenntnis

☒ Was haben das US-Debakel im Irak, die absehbare Niederlage in Afghanistan und das Multikulti-Desaster in Europa gemeinsam? Sie alle kamen zustande aufgrund einer fatalen Unkenntnis über die Kultur des Islam. Vorurteile und Wunschdenken bedeuten Verkennung der Realität. Die westliche Selbst-

Täuschung führt zur Ent-Täuschung durch Konfrontation mit dem, was man aus ideologischen Überzeugungen nicht wahr haben wollte: Daß sich die islamische Welt nach ihren eigenen Regeln und Gesetzen organisiert, die in fast jeder Hinsicht konträr zu westlichen Standards ausgerichtet sind.

Verkennung islamischer Realität

☒ Weil es im Westen als oberstes Ideal gilt, keine „negativen Vorurteile“ über andere Kulturen zu pflegen, hat sich der verabsolutierte Anspruch festgesetzt, daß diese anderen Kulturen und ihre Mitglieder dem eigenen, westlichen Ich-Ideal entsprechen. Dieses Ideal jedoch entspringt christlicher Ethik und den Idealen der Aufklärung, und kann nur dort Wirksamkeit entfalten, wo diese Kultur auch prägend gewirkt hat. Und sonst nicht.

Moslems sind geprägt von islamischer Kultur. Ihr Ich-Ideal entspringt den Werten des Islam, die völlig konträr z.B. zur christlichen Nächstenliebe inklusive Feindesliebe, und den Individualrechten der Aufklärung definiert sind.

Alle negativen Entwicklungen vom Irak bis zu Multikulti in Berlin sind logisches Resultat kultureller Gegebenheiten in der islamischen Kultur, die gradezu zwangsläufig eintreten mussten.

Fehldiagnose der Problemursache

Nun sucht man wie üblich die Fehler bei sich selbst, weil an Fremdkultur, speziell dem Islam, nichts negativ sein darf per Definition. In den USA erklärt man sich das Scheitern im Irak aufgrund zu geringer Truppenstärke oder fehlender, diplomatischer Einbindung von Syrien und Iran. In Europa erklärt man sich selbst zum Integrationsversager, und verweigert sich der Tatsache, daß es ausschließlich nur um Moslems geht, wenn von Integrationsproblemen die Rede ist.

Die politisch korrekte Realitätsverweigerung hält an. Niemand das Problem beim Namen zu nennen: Es heißt Islam. Anstatt den Islam in seiner Eigenart zu akzeptieren wie er ist, belog und belügt man sich mit immer neuen Vorurteilen und Klischees über das Reformpotential des Islam:

Falscher Lösungsansatz folgt falscher Problemdiagnose

Im Islam fehle es nur an Demokratie. Als wäre Demokratie allein ein Garant für eine humane Gesellschaft. Islamische Demokratie bedeutet Gottesherrschaft. Islamische Bevölkerungen sind oft weitaus antiliberaler als die Eliten, und [wünschen Rechtssprechung gemäß der Scharia](#), oder daran orientiert.

Klares Indiz: Die Bevölkerungen begehen Ehrenmorde und Zwangsehen, während unter postkolonialem Einfluß das islamische Recht in vielen islamischen Ländern entschärft wurde von den liberaleren Eliten.

Demokratie bedeutet die Gestaltung der Gesellschaft entlang des Wertekonsens ihrer Mitglieder. Gemäß ihrer Sozialisation halten Moslems die Lebensweise für richtig, die man sie gelehrt hat für die richtige zu erachten. Was dazu führt, daß das islamische Gesellschaftsmodell für gut und richtig erachtet wird mit seiner Rechtssprechung und Alltagsethik. Wobei es zwar regionale Unterschiede gibt, aber nie prinzipielle.

D.h. islamische Gesellschaften sind strukturell immer am Islam ausgerichtet, zu welchem keine Alternative zugelassen wird. Säkulare Staatsformen sind dem Islam entgegen gesetzt, und haben auf Dauer keinen Bestand (siehe Türkei, die sich re-islamisiert), weil ihr Legitimationsmodell sich nicht gegen das islamisch-religiöse durchzusetzen vermag. Somit stellen islamische Gesellschaften eine Form von kollektiv getragendem Anti-Liberalismus aufgrund der Ablehnung pluralistischer Gesellschaft mit gleichen Rechten aller Ethnien dar, die den verinnerlichten Werten islamischer Sozialisation entspricht. Diese Gesellschaftsform ist einerseits strikt hierarchisch,

andererseits dezentral organisiert. Sie braucht nicht zwangsläufig einen Führer an der Spitze, weil jeder Korankundige kompetent und verpflichtet ist, die islamische Gesellschaftsordnung zu tragen. Die autoritäre Fremdbestimmung gemäß islamischen Richtlinien wird freilich nicht als prinzipiell diktatorisch empfunden, sondern als richtige, legitime, sogar humane Gesellschaftsform, aufgrund der Weisungen der verehrten, unfehlbaren Gottheit. Der Repressionsgrad in islamischen Gesellschaften wird viel stärker durch islamische Normen bestimmt, als durch ferne Regierungen, siehe Zwangsehen und Ehrenmordproblematik. Übergriffe gegen Nicht-Moslems erfolgen viel eher spontan gemäß den Befindlichkeiten islamischer Bevölkerungen, als staatlich organisiert.

Schon diesen Sachverhalt hat der Westen bislang ignoriert, weil eine verinnerlichte pro-totalitäre Haltung von so weiten Bevölkerungskreisen im Westen praktisch unbekannt ist. Man bezog seinen Optimismus quasi mit dem ungeprüften Rückschlusses der eigenen Verhaltensideale auf andere Kulturen. Doch die islamische Welt folgt völlig anderen Idealen und kennt kein Freiheitsstreben des Individuums. Im Gegenteil. Das westliche Ideal des unabhängigen Individuums hat im Islam den Status der Gotteslästerung, denn das islamische Verhaltensideal liegt im Streben nach Gehorsam unter die angeblich göttliche Ordnung. Besonders die autonome Hinterfragung vermeintlich göttlicher Gesetze hat nach islamischer Auffassung blasphemischen Charakter, und stellt damit den Gegenpol zum individualistischen Freiheitsideal der Aufklärung dar.

Vor diesem Hintergrund muß man sämtliche Konflikte sehen, in die der Westen und der Islam derzeit verwickelt sind. Es geht letztlich darum, welches Gesellschaftsmodell sich durchsetzt. Das humanistisch-westliche, oder das zu Glaubensgehorsam verpflichtende islamische. Die Bilanz fällt derzeit praktisch 100% zu Gunsten des Islam aus, aufgrund der weitaus größeren Entschlossenheit der islamischen Welt, für ihre Ideale

einzustehen.

Fallbeispiele westlichen Scheiterns

Der Westen muß letztlich sein Scheitern anerkennen. Ob nun militärisch, diplomatisch oder integrativ.

Irak:

☒ Nach dem Sturz Saddams wurde das islamische Recht eingeführt. Dem Unrecht des Baath-Regimes folgt das Unrecht des Islam, legitimiert per Referendum der Bevölkerung, die sich für eine Scharia-Rechtssprechung aussprach. Außerdem: Völlig anders als z.B. die deutsche Bevölkerung nach dem Untergang der Nazis entstanden im Irak Guerillia- und Terrorstrukturen der rivalisierenden Interessensgruppen. Mit dem Ende der Nazi Herrschaft ging in Deutschland ein Kulturwandel einher. Im Irak hingegen blieb die gewaltbereite Kultur des Islam unangetastet samt deren Kompromissunfähigkeit. Sie entspringt direkt dem islamischen Denkmuster, im Besitz der einzigen Wahrheit zu sein, die gemäß Koran jederzeit mit vernichtender Gewalt durchgesetzt werden kann. Treffen nun rivalisierende, islamische Gruppierungen aufeinander die alle diesen islamischen Totalitarismus verinnerlicht haben, erscheint jede Form demokratischer Kompromissuche als Verrat am vermeintlich göttlichen Herrschaftsauftrag. Einzige Lösungen hierbei: Extrem brutale, einschüchternde Gewaltherrschaft nach Saddam-Muster, oder strikte Trennung der Ethnien, die dann ihrerseits innerhalb ihrer Gruppierung islamische Gesellschaftsstrukturen etablieren. Das Konzept der USA eines demokratischen Irak ist vollkommen gescheitert, weil es von der Bevölkerung nicht getragen wird.

Das kommt für den Westen aufgrund der idealisierenden Vorurteile über den Islam und dessen Wirkung auf die Bevölkerung völlig überraschend. Entsprechend hilflos reagiert nun in den USA die Baker-Kommission, wenn sie tyrannische Regime wie Syrien und den Iran als Stabilitätsfaktoren in

Verhandlungen einbeziehen will. Das ursprüngliche Ziel, den Irak als islamisches Demokratiemuster aufzubauen, hat man komplett aufgegeben.

Palästina:

Doch die [Realitätsverweigerung hält an](#):

„Die Vereinigten Staaten können ihre Ziele im Nahen und Mittleren Osten nicht erreichen, wenn sie sich nicht direkt mit dem arabisch-israelischen Konflikt und der Instabilität in der Region befassen. Es muss ein neues und nachhaltiges Engagement der Vereinigten Staaten für einen umfassenden arabisch-israelischen Frieden an allen Fronten geben.“

☒ Man lese sich nur die [Charta der Hamas](#) samt deren Koranbezug durch. Dann wird klar, daß die islamische Welt dazu verpflichtet ist vor ihrer Gottheit Allah, Israel auszulöschen. Auch hier ist das Scheitern einer auf Wunschdenken basierenden Strategie absehbar. Friedenszeiten werden lediglich genutzt um aufzurüsten. Das Vernichtungsziel Israel aber nicht aufgegeben.

Afghanistan:

☒ Es ist nur eine Frage der Zeit bis die Taliban wieder herrschen. Ohne westliche Unterstützung würde der Widerstand gegen die Taliban zusammen brechen. Dem Herrschaftswillen der Taliban hat in Afghanistan niemand etwas entgegen zu setzen, obwohl ihre Schreckensherrschaft regional durchaus abgelehnt wurde. Der Westen ist außerstande, in diesem asymmetrischen Krieg seine Konzepte von Demokratie und Menschenrechten auch nur ansatzweise zu etablieren, so daß ein eigenständiger, aus dem afghanischen Volk getragener Widerstand gegen die Taliban erwüchse.

Jeder Ansatz durch humanitäres Engagement eine Liberalisierung in Afghanistan herbei zu führen, wird durch die gewaltbereite Entschlossenheit der Taliban zunichte gemacht, wie man im

[Kodex der Taliban](#) nachlesen kann:

26) Diejenigen Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die unter der Regierung der Ungläubigen ins Land gekommen sind, müssen gleich wie die Regierung behandelt werden. Sie kamen unter dem Vorwand, den Menschen zu helfen, sind aber in Wahrheit Teil des Regimes. Deshalb tolerieren wir keine ihre Aktivitäten, sei es der Bau von Strassen, Brücken, Kliniken, Schulen, Madrassen (Koranschulen) oder anderem. Wenn eine Schule trotz Warnung nicht schliesst, gehört sie verbrannt.

(Man beachte auch Punkt 19. zur „Knabenliebe“. Sagt eine Menge aus, wenn es hierzu Regularien bedarf.)

Die Weltwoche hat ein aufschlußreiches Interview mit dem [Taliban-Kommandeur Mullah Sabir](#) geführt.

Wie stark sind die Taliban heute?

Rund 15000 Mann. 40 Prozent sind keine eigentlichen Taliban, haben keine religiöse Schule absolviert, es sind Jugendliche, die sich uns aus Sympathie anschliessen.

Die Afghanen haben ihn in freien Wahlen gewählt. Dies war auch ein Manifest gegen die Taliban?

Lassen Sie mich eines deutlich sagen: Uns gäbe es nicht, wenn wir in der Bevölkerung keine Unterstützung hätten. Ein afghanisches Sprichwort besagt: «Du kannst nie Teil eines Dorfes sein, wenn dich das Dorf nicht will.» Die Menschen vertrauen der korrupten Justiz Karzais nicht. Sie erinnern sich an die Vorzüge unseres Regimes. Damals war die Sicherheit absolut. Die Verbrechensquote war auf null gesunken. Nun suchen die Leute wieder den Rat unserer Richter. Allein in meiner Provinz haben wir sechs Scharia-Gerichte

Irgendwann werden die Verluste des Westens in Afghanistan und im Irak zu verlustreich. Ihre Sinnlosigkeit ist jetzt schon

offensichtlich. Die islamische Welt wird diesen Triumph als Beleg für die Überlegenheit des islamischen Gesellschaftssystems interpretieren.

Somalia:

Vor wenigen Wochen hat sich dort ein [Scharia-Regime](#) etabliert. So bald ein Machtvakuum entstanden ist, nutzen korantreue Kräfte ihre Chance zur Machtergreifung. Ein islamisches Land nach dem anderen wird anstreben, die islamische Gesellschaftsform der vorkolonialen Epoche zu restaurieren. D.h. der mekkanischen Idealgesellschaft zu Lebzeiten des Propheten möglichst nahe zu kommen. Diese Länder werden zu Kernstaaten eines gegen jede nicht-islamische Lebensform gerichteten Djihad, nach innen wie nach außen.

Mit Somalia ist ein neuer, möglicher „Al-Kaida Frontstaat“ entstanden, und der Westen kann absolut nichts dagegen tun.

Ägypten:

Nur manipulierte Wahlen verhindern die Machtergreifung durch die korantreue Moslebruderschaft. Wie radikalisiert die ägyptische Bevölkerung mittlerweile tatsächlich zeigt, daß [92% Israel als Feindstaat](#) betrachten. Trotz formellem Friedensvertrag, der längst als Verrat empfunden wird.

Deutschland & Europa:

Die islamischen Bevölkerungen islamisieren sich zunehmend. Der Wunsch gemäß dem Willen Allahs zu leben nimmt deutlich zu. Islamisches Recht wird immer stärker im Alltag angewandt, parallel und außerhalb der Rechtsnormen der Ungläubigen. [Nochmals obigen Link](#). Westliche Freiheits- und Menschenrechte werden freiwillig abgelehnt, da man sie aufgrund islamischer Indoktrination für falsch erachtet. Die ethische Ausrichtung der Bevölkerung bestimmt in einer Demokratie jedoch die Gestaltung der Gesellschaft vom Alltagsleben bis zur Gesetzgebung. In Europa hat man diesen schlichten Sachverhalt noch nicht im Geringsten zur Kenntnis genommen, obwohl er langfristig eine komplette Umgestaltung bedeutet.

Islamische Bevölkerungen zeigen weltweit, daß sie weder fähig noch willens sind, menschenrechtliche Prinzipien umzusetzen. Sie bevorzugen ganz überwiegend mehrheitlich das islamische Modell, das sie für überlegen und einzig legitim halten.

Sowohl die westlichen militärischen Engagements als auch der pro-islamische Multikulturalismus agieren auf der Basis völliger Unkenntnis gegenüber dem Islam und dessen Wirkungsweise auf seine Gefolgschaft. Der allumfassende, gesellschaftspolitische Gestaltungsanspruch des Islam wird weiterhin ignoriert. Ganz überwiegend aus diesem Grund sind die militärischen Engagements des Westens mit dem Ziel nicht nur Demokratie, sondern auch ein mehr an Humanität zu etablieren, zum Scheitern verurteilt. Und darum haben auch die Integrationsbemühungen des Westens bezüglich seiner islamischen Minderheiten nur geringe Aussicht auf Erfolg. Nachdem die islamischen Mitbürger immer intensiver in den Moscheen indoktriniert werden, halten diese das islamische Gesellschaftsmodell für überlegen, und werden natürlich nicht dieses als überlegen empfundene Konzept gegen das minderwertige Demokratieverständnis der minderwertigen Ungläubigen eintauschen wollen.

Fazit:

Der Westen muß erkennen, daß er zum tönernen Riesen geworden ist. Seine Militärmaschinerie ist teuer, aber letztlich wirkungslos gegen den schieren Kampfeswillen des islamischen Dihad. Was uns im Westen als kulturelle Stärke und Referenz erscheint, nämlich unsere Friedensliebe, Toleranz und Pluralität ist aus islamischer Sicht Beleg für Schwäche, Feigheit und moralischer Verkommenheit. Entsprechend wenden sich islamische Bevölkerungen in islamischen Ländern als auch in Europa von der westlichen Kultur ab. Mit dem scheitern der USA im Irak wird offensichtlich, daß der Westen in die Defensive geraten ist. Aus dieser fatalen Situation kommt der Westen nur heraus, wenn er seine Vorurteile gegenüber dem Islam überwindet, und diesen als konkurrierendes

Gesellschaftssystem akzeptiert, das danach trachtet, die westliche und jede andere Kultur zu dominieren oder sogar letztlich auszulöschen. Nur aus der Erkenntnis dieser Bedrohungslage vermag der Westen die notwendige Kraft zu schöpfen, um auf dem eigentlichen Schlachtfeld im Kampf der Kulturen zu bestehen. Für den Westen geht es um sein kulturelles Überleben, und das findet in den Köpfen jedes Einzelnen statt, der die westliche Kultur trägt, oder eben ablehnt. Der Westen kann nur überleben, wenn man sich zurück besinnt auf die Tugenden der Aufklärung, und den Islam einer tabulösen, kritischen Analyse unterzieht. Daraus resultierende Erkenntnisse zum Allgemeinwissen werden mit nachfolgendem Bewahrungswillen der eigenen Kultur. Denn dieser Konflikt läuft auf eine simple entweder-oder-Konstellation hinaus: Islam oder Menschenrechte.

US Airways - Flug: Imame provozierten Rauswurf

☒ Ein Aufschrei ging durch den moslemischen Teil der Vereinigten Staaten als am 20. November sechs Imame (Foto: Omar Shahin) von einem [Flug der US Airways nach Phoenix ausgeschlossen](#) wurden, nachdem sie vor dem Flug ihre Abendgebete verrichtet und damit ihre Mitpassagiere nervös gemacht hatten. Jetzt wurde bekannt, dass die Aktion der sechs Imame eine [bewusste Provokation](#) war.

Am Gate, ehe sie einstiegen, wurden zuerst die USA verflucht. Danach verbeugten sie sich Richtung Mekka und beteten – nach Aussagen des Mitarbeiters am Einstieg und anderen Zeugen – ☐sehr laut☐ mit immer wiederholtem "Allah, Allah, Allah,". Im Flugzeug dann nahmen die sechs Imame andere als ihre

zugewiesenen Sitze ein (sie bevorzugten jeweils zwei im Anfang, in der Mitte und am Ende des Flugzeugs), einer von ihnen gab vor, blind zu sein, um auf einem anderen Sitz Platz nehmen zu können. Dann lief man im Flugzeug auf und ab, während man sich lautstark auf arabisch unterhielt und fragte gar nach Verlängerungen für den Sicherheitsgurt.


Der Chef der Gruppe, Omar Shahin, der [Kontakte zu Osama Bin Laden und zur Hamas](#) pflegt, bekräftigte nach dem Zwischenfall, dass man "nichts Außergewöhnliches" getan habe. Weitere Lügen folgten. So gab man an, in Handschellen und unter Bewachung von Hunden (unrein!) abgeführt worden zu sein □ der Polizeireport schreibt davon nichts. Shahin und seine Freunde stammen aus dem Sudan und Saudi Arabien, sie bezeichnen sich als moderate und sagen, sie lieben die USA und lehnen Terror ab. Shahin bezweifelt allerdings auch, dass Moslems für den Anschlag vom 11. September verantwortlich seien. Ihm werden Verbindungen zum organisierten Terrorismus nachgewiesen.

Unter anderem betrieb Shahin in Arizona eine Moschee, zu deren Gläubigen einige der 9/11-Attentäter zählten. Momentan unterrichtet er an einer Islamschule, die mit der moslemischen Bruderschaft in Verbindung gebracht wird und fordert die Einführung des Scharia-Rechts in Amerika. Keith Ellison, der erste Moslem im Kongress ([wir berichteten](#)) traf sich mit Shahin am 19.11.2006 um 19 Uhr, also einen Tag vor dem Zwischenfall am 20.11.2006.

Am 21. November kehrte Shahin gemeinsam mit Pressevertretern an den *US Airways*-Schalter zurück und behauptete, diskriminiert worden zu sein. Ebenfalls fordert CAIR (Council on American-Islamic Relations) lauthals eine Untersuchung durch Bundesbehörden. Gleich am nächsten Tag [bemühte sich Ellison](#) um ein Treffen mit dem Hauptgeschäftsführer von *US Airways*, um über die "Diskriminierung" zu sprechen und Omar Shahin rief zum [Boykott von US Airways](#) auf



Die Macht der Indoktrination

 Klammheimlich hat sich eine Diktatur der Begriffe – im Sinne politischer Korrektheit – etabliert. Wer die Deutungshoheit über die Begriffe hat, steckt Spielräume ab, definiert Erlaubtes und Anstößiges. Ein Beispiel hierfür ist die „kulturelle Vielfalt“. Vielfalt steht im Kontrast zu Eintönigkeit. Das wird niemand gut finden. Durch das Wort „kulturell“ kommt eine neue Dimension hinzu. Denn im Zusammenhang mit der Expansion des Islam in Deutschland stellt die gepriesene „kulturelle Vielfalt“ eine normative Abweichung vom Grundgesetz (GG) dar, die aus der Perspektive der Grundrechte einen Rückschlag bedeutet.

Die Umdeutung einer verfassungskonträren Ideologie (die u.a. eine diskriminierende Geschlechterapartheid beinhaltet) in eine „kulturelle Vielfalt“ lenkt von deren Inhalten ab. Mit dieser Umdeutung ist es zugleich einfach, die Ablehnung von islamischen Diskriminierungsnormen als fremdenfeindliche Ablehnung kultureller Vielfalt hinzustellen.

Eigentlich müsste man pro-islamische Standpunkte als fragwürdig im Hinblick auf die Verfassung darstellen. Denn man kann nicht ja zum GG sagen, und zugleich eine gegen das GG gerichtete Ideologie unterstützen, ohne vollkommen unglaubwürdig zu werden. Doch genau dazu kommt es aufgrund der Deutungshoheit der Befürworter des Multikulturalismus nicht.

Der Islam – konträr und unvereinbar mit den Menschenrechten

Auch Multikulturalismus ist ein irreführender Begriff. Denn er meint längst primär pro-Islam in seiner Zielsetzung. Denn die multikulturelle Problematik ist eine rein islamische. Mit

keiner anderen Kultur gibt es Integrationsprobleme. Keine andere Kultur betreibt derart offen die Ablehnung des GG und dessen Ethik, z.B. der Gleichberechtigung der Geschlechter. Keine andere Kultur tritt im Westen an, um eine parallele Rechtssprechung samt zugehöriger Ethik zu etablieren, die konträr und unvereinbar mit den Menschenrechten ist.

Diese Fakten gilt es zu verbergen. Dies gelingt, in dem westlichen Gesellschaften die ausschließliche Schuld an der Problemlage zugewiesen wird. „Wir“ haben bei der Integration versagt. Stimmt □ denn wir haben Desintegration als „kulturelle Vielfalt“ idealisiert, und damit selbst offen gegen Integration und Anerkennung der Ethik des GG agiert. Doch gemeint ist das Gegenteil: Integrationsprobleme bestünden nur deshalb, weil man islamischen Interessen und Forderungen nicht bereits in noch größerem Umfang nachgekommen ist.

Islamische Repräsentanz in allen Schaltstellen unserer Gesellschaft

So sieht dann auch der Lösungsansatz für Integrationsprobleme der pseudo-Multikulturalisten aus: Islamische Repräsentanz in allen Schaltstellen unserer Gesellschaft. Ungeachtet dessen, ob diese Repräsentanz überhaupt auf den Werten der Verfassung steht. Z.B. in der Ablehnung von Diskriminierung und kulturellem Rassismus (u.a. Minderwertigkeitsdefinition von Nicht-Moslems).

Nur hämmert die pro-islamische Propaganda unablässig aus Politik und Medien auf uns ein. So erklärt der *Stern* den Islam zu einer friedlichen Religion des Propheten Mohammed, obwohl dieser Massenmorde, Attentate und Kriege angeordnet hat. Islamkritiker und Skeptiker des Multikulturalismus werden fast standardisiert mit negativen Adjektiven wie *umstritten*, *radikal*, *rechtspopulistisch*, *Klischees*, *Ressentiments* und *Vorurteile schürend* usw. „geschmückt“. Fürsprecher der Islamexpansion, Verharmloser islamischer Verbrechen die im Einklang gemäß und aufgrund des Koran stattfinden, bleiben von

solchen negativ-Stigmatisierungen unbehelligt.

Intoleranz, Zwangsehen und innerfamiliäre Gewalt

Dennoch hat sich in westlichen Bevölkerungen eine gesunde Skepsis gegenüber der multikulturellen Zwangsnormierung bewahrt, nach der massenhafte Zuwanderung und jede nicht-westliche Kultur automatisch als positiv zu gelten hat. So lehnen [85 % der Österreicher den Türkei-Beitritt ab](#) (siehe auch [hier](#) zu Fragen der Zuwanderung generell).

Im Kontrast zur pro-islamischen Bereicherungspropaganda machen analog zum steigenden Anteil islamischer Bevölkerungen immer mehr Bürger persönliche Negativ-Erfahrungen mit Moslems. Sei es, dass man persönliche Angriffe und Diskriminierungen speziell als Frau erlebt, oder mitbekommt, wie intolerant und totalitär die islamische Gesellschaft mit ihren Sozialisationsmechanismen Moslems unterdrückt, Intoleranz, Zwangsehen und innerfamiliäre Gewalt unter diesen fördert.

Deutungshoheit mit dem Diffamierungsbegriff „Stammtischniveau“

Nicht anders wie in einer Diktatur setzt die politische und mediale Elite der Alltagserfahrung das Betäubungsmittel der Propaganda entgegen und impft ihre Deutungshoheit mit dem Diffamierungsbegriff „Stammtischniveau“ gegen widerlegende Fakten aus dem gemeinen Volk. Welches immerhin über alltagspraktische Expertise verfügt im Gegensatz zu überwiegend akademisch-elitären Befürwortern des Multikulti, die es jedoch strikt ablehnt, ihre Kinder in Rütli-Schulen an der Integrationsfront zu verheizen.

Je stärker der kulturell bereicherte Alltag in einen Kampf der Kulturen ausartet, umso lauter werden die „Siegemeldungen“, wie großartig der Islam und seine Kultur doch sind, wie friedlich und tolerant, dass Kopftücher ein Zeichen der Emanzipation vom westlichen Kulturdiktat sein können, oder wie schön es sei, dass die Religiosität dank Islam im viel zu säkularen Westen wieder Einzug hält. Prinzipiell nicht anders

als in einer Diktatur wird bei Versagen dieser keine Kurskorrektur vorgenommen, sondern mit jedem Fiasko die Propagandadosis erhöht.

Zu diesem Zweck plant der *WestDeutscheRotfunk* verstärkt [islamische Repräsentanz in seinen Redaktionen](#) aufzubauen.

Versäumnisse bei der Integration Zugewanderter hat es bei den Medien und in der Politik gegeben – so das Fazit der EBU-Medienkonferenz in Essen. Aber: Aus den Fehlern wurde gelernt. Viele Medien seien heute auf dem richtigen Weg in ein Europa der Vielfalt. Welche Rolle spielen die Medien beim Thema Integration eigentlich? Dieser Kernfrage der Konferenz wurde an beiden Tagen in Diskussionen und Vorträgen nachgegangen. Thema am Freitag: Sind die Medien eher Brücken oder gar Hürden der Verständigung – insbesondere im Verhältnis Europas zur Türkei? Unter der Moderation von Birand Bingül diskutierten Lale Akgün, Islambeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion, Nikolaus Brender, ZDF-Chefredakteur, Altan Öymen, Mitglied des türkischen Parlaments a.D., Volker Perthes, Direktor des Deutschen Instituts für Internationale Politik und Sicherheit und Martin Schulz, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im EU-Parlament.

Lauter Linke und Moslems – wenn auch in einigen Positionen durchaus akzeptabel, bisweilen sogar loblich – debattieren, wie das Volk via Medienmanipulation doch noch z.B. zur Befürwortung des Türkei-Beitritts umgepolt werden kann.

Vor einem Abbruch der Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei warnte dabei eindringlich Lale Akgün. Dies würde von den hier in Deutschland lebenden Türken als Ablehnung ihrer Person empfunden werden, erklärte die Islambeauftragte. Akgün sprach sich außerdem für die Schaffung eines deutsch-türkischen Kulturkanals aus – nach dem deutsch-französischen Vorbild Arte. Nur so könne in Deutschland ein realistischeres Türkeibild vermittelt werden.

Dass die Türken angeblich unfähig sind, Sachfragen zur EU von Persönlichem zu trennen, soll uns als Entscheidungskriterium eingetrichtert werden. Von den Türken wird nicht verlangt, ihre gradezu kindische Irrationalität aufzugeben. Demgegenüber wird uns manipulativ beigebracht, dass rationale Argumente wie die Kosten des Türkei-Beitritts nachrangig gegenüber türkischer Irrationalität sind.

Nikolaus Brender forderte mehr Integration in allen Programmbereichen der öffentlich-rechtlichen Sender, nicht nur in den Nachrichten-Formaten. Den Anfang mache das ZDF mit zwei neuen Nachrichtenmoderatoren mit Zuwanderungshintergrund. Aber dies könne nur ein erster Schritt sein. Das Programm könne sich erst ändern, wenn Integration in allen Redaktionen gelebt werde, so Brender.

Als wäre Migrationshintergrund ein Qualitätssiegel wird gemäß rassistischen Kriterien anstatt nach Eignung, nach kultureller Zugehörigkeit zugeteilt, wer künftig die Bevölkerung in seinem Sinne „informieren“ darf. Was ist diesbezüglich an Objektivem bezüglich einer Aussage über den Islam zu erwarten? Etwa das Eingeständnis, dass Mohammed Juden-Massaker befohlen hat und diese Verbrechen Hisbollah und Hamas als Leitfaden dienen in ihrem Vernichtungskrieg gegen Israel?

Kritik an nicht-westlichen Systemen wird tabuisiert

Allerdings sind westliche Multikulturalisten diesbezüglich nicht weniger desinformativ. Seit den 68ern gilt Kritik an westlichen Gesellschaften als prestigeträchtig, während Kritik an nicht-westlichen Systemen inkl. Sozialismus nahezu tabuisiert ist.

Unter dieser Prämisse schneidet der Westen im Vergleich permanent schlecht ab. "Guantanamo", "Kurnatz" und der "Schädel-Skandal" wiegen schwerer als Hungersnot in Nordkorea, Schwulenermordung durch die Mullahs im Iran, Millionen Zwangsehen, Genitalverstümmelungen, der Darfur-Genozid.

Westliche Transparenz und Selbstkritik wird missbraucht, um den Westen schlecht zu reden. Diese Transparenz und Fähigkeit zur Selbstkritik werden jedoch nicht als Tugend gewertet.

Selbstkritik als Darstellung moralischer Überlegenheit und Progressivität

Hingegen wird die Intransparenz und Unfähigkeit nicht-westlicher Kulturen sogar missbraucht, um diese als weniger fehlerhaft darzustellen. Z.B. seien Ehrenmorde doch nur "Einzelfälle", obwohl sie auf islamischen Recht gründen und nahezu alltäglich vorkommen. Erneut kommt es auf die Deutungshoheit an: Wie konnte sich besonders in unseren Eliten eine derart negative, von Doppelmoral und somit rassistischer Grundhaltung dominierte Sicht gegen die eigene Kultur durchsetzen?

Mit ein Schlüssel hierzu liegt gewiss in der Tradition der Aufklärung, gegenüber der eigenen Gesellschaft kritisch zu sein, was sich als Tugendwert etabliert hat. Grundsätzlich ist dies sehr positiv zu werten. Doch wenn man sehr viele seiner Ziele erreicht hat, muss sich diese Haltung den Gegebenheiten anpassen und in der Intensität der Forderungen nachlassen. Selbstkritik ist jedoch zum prestigeträchtigen Selbstzweck der Darstellung moralischer Überlegenheit und Progressivität verkommen. Diese vermeintliche moralische Überlegenheit gilt heute als wichtige Qualifikation um Macht auszuüben.

Prestigegewinn durch den Anschein intellektueller Kompetenz

Da der Westen ein historisch nie gekanntes Ausmaß an Freiheitsrechten, Wohlstand, sozialer Fürsorge erreicht hat, muss man Missstände quasi erfinden, um sich als Problemlöser, aber auch als moralisch überlegener Ankläger von Missständen zu etablieren. So wird z.B. „Armut“ in Deutschland erfunden, um sich selbst als Problemlöser zu empfehlen. Denn bereits eine vierköpfige Familie kassiert um die 1900 Euro netto an Sozialhilfe, und stellt sich ohne Arbeit genauso gut wie z.B.

die Familie, die vom Lohn eines Krankenpflegers leben muss.

Die tief verinnerlichte Negativ-Haltung gegenüber dem Westen betrifft vor allem die universitären Eliten. Ein von den Fakten entkoppelter, auf die psychologische und moralische Ebene verlagertes Ritus der Selbst-Negation verschafft in diesem Milieu, das von den Steuergeldern anderer lebt, Prestigegewinn durch den Anschein intellektueller Kompetenz. Faktisch liegen hier jedoch psychologische Defizite vor, denn wer sein umgebendes Kollektiv tendenziell negiert und zugleich konkurrierende Systeme idealisiert, betreibt über den Umweg der Schwächung des eigenen Systems, von dem er abhängig ist, letztlich die Selbstzerstörung der eigenen materiellen wie kulturellen Basis.

Positiv-Identifikation findet heute über Fürsprache für den Islam statt

Für die 68er war der Sozialismus oftmals eine respektable, sogar wünschenswerte Gesellschaftsform. Millionen Gulag-Ermordete, Mauermorde und Todesstreifen direkt vor der Nase, konnten dies nicht ändern. Gefangen im psychologischen Tugend-Mechanismus der Norm der Selbstkritik an der Eigenkultur folgend, um Prestigegewinn, Machtanspruch und Aufwertung für das eigene Ego zu gewinnen, wurde die (gewiss oftmals inakzeptable, siehe Napalm-Einsatz) Gegenwehr gegen kommunistische Expansion negativ bewertet, während die diktatorischen Absichten eines Ho-Chi-Minh akzeptiert wurden.

Dieses psychologische Grundmuster primär großer Teile der universitären Eliten hat sich über den Niedergang des Sozialismus hinaus erhalten. Heute findet die Positiv-Identifikation bei gesellschaftsvergleichender Thematik zunehmend über Fürsprache für den Islam statt. Auffällig, dass die Linksparteien besonders engagiert pro-islamisch auftreten. Oftmals sind Personen, die Sympathie für sozialistisches Gedankengut und ruinös überzogene Sozialstaatlichkeit zeigen, die selben, die für die Expansion und verfälschende

Verharmlosung des Islam eintreten.

Blogosphäre als Alternativ-Medium zur pc Massenindoktrination der 68er

Will man im Westen die Menschenrechte und Grundrechte wahren, bedarf es einer Ablösung unserer meinungsbildenden Eliten. Diese durchlaufen sehr häufig einen Indoktrinationsprozess an den Universitäten, was sich an den hohen Stimmenanteilen für Linksparteien an den Universitätsstädten zeigt. Umso wichtiger sind unabhängige Medien, quasi vom Volk □ für das Volk. Die Linken schufen sich einst ihre Alternativ-Presse. Heute ist die Blog-Szene das Alternativ-Medium zur politisch korrekten Massenindoktrination der 68er und ihrer Zöglinge.

Nur wenn es gelingt, durch Informationsvermittlung die Autodestruktivität der überzogenen, unfinanzierbaren Sozialstaatlichkeit, der Preisgabe unserer Heimat (kulturell wie demografisch) an den Islam entgegenzuwirken und die subtile Methodik der Massenmanipulation bewusst und damit unwirksam zu machen, kann sich Europa und der Westen eine Basis in Form eines gesunden Selbsterhaltungswillens schaffen.

» *Acht der Schwerter*: [Das Versagen westlicher Universitäten \(brillianter Text von Fjordman\)](#)

**„Politischer Islam ist
Ideologie mit
massenmörderischer**

Mentalität“

✘ Goldhagen: Politischer Islam ist totalitäre, aggressive Ideologie mit massenmörderischer Mentalität“[Daniel Jonah Goldhagen](#) (Foto), der Soziologe aus Harvard, ist zur Zeit in Deutschland und versucht, die Menschen wach- zurütteln, indem er sie mit drastischen Worten auf die Gefahren des politischen Islam aufmerksam macht. Bekannt wurde Goldhagen hierzulande vor allem durch sein 1996 erschienenes Buch „[Hitlers willige Vollstrecker](#)„. Er löste mit seiner These, der Holocaust sei ein „Produkt aus der Mitte der Gesellschaft“ gewesen, eine heftige Debatte aus. Nun [warnt er uns vor den Gefahren des politischen Islam](#), für den die einzig korrekte Bezeichnung der Begriff ‚Nazismus‘ sei.

Goldhagen ist nach Berlin gekommen, um die Europäer zu warnen, das wird schnell klar. Ganz unakademisch wendet er sich an das Publikum. Er spricht möglichst einfach und allgemeinverständlich, um die größtmögliche Wirkung zu erzielen: „Der politische Islam ist die gefährlichste und radikalste politische Bewegung seit dem Nationalsozialismus.“ Sein Vormarsch an den drei wichtigsten Schauplätzen der Politik, „auf den Straßen, in den Schaltzentren der Macht und an den Kriegsfrenten“, zeige, dass er nun vollständig in der Offensive sei. Besänftigungspolitik würde ihn nur zusätzlich ermuntern, die dringendste Frage lautete daher: „Wie einig und entschlossen wird der Westen dem politischen Islam antworten?“

Und da hat Goldhagen so seine Zweifel. Nicht zuletzt die Idomeneo-Debatte um ein aus Sicherheitsgründen abgesetztes Theaterstück in Berlin zeige ihm Europas fehlendes Bewusstsein vom Ernst der Lage. Das Publikum wird unruhig. Doch Goldhagen, der „Genozid-Forscher“, wie er sich selbst nennt, lässt sich nicht beirren. Jahrelang habe er über den Nationalsozialismus geforscht, er sei also sehr vorsichtig,

was den Umgang mit diesem Terminus angehe: „Aber Nazismus ist die korrekte Bezeichnung und der einzige Bezugsrahmen für politischen Islam.“ Es sind insbesondere zwei Merkmale, die für ihn die beiden Phänomene vergleichbar machen. Eine totalitäre und aggressive Ideologie, mehr aber noch die genozidäre, massenmörderische Mentalität der beteiligten Protagonisten. Dutzende Beispiele untermauern seine Argumentation; von der Charta der Hamas, den nuklearen Zerstörungsphantasien iranischer Mullahs und den terroristischen Wahnvorstellungen eines Osama bin Laden bis hin zu den islamistischen Gewaltprotesten gegen die dänischen Karikaturen. Mit den Anschlägen von London und Madrid sollte Europa gelernt haben, dass es nicht länger eine autonome Position einnimmt. Trotz der totalitären Bedrohung habe er jedoch die Befürchtung, Europa ließe sich lähmen, obwohl es gelte, Rückgrat zu beweisen: „Wie viele von Euch wollen auch mal über den politischen Islam schimpfen“, fragt Goldhagen rhetorisch in die Runde der rund 300 Gäste. „Und wie viele von Euch trauen sich das nicht? Wir sind jetzt alle Dänen. Wehret den Anfängen.“

Der Autor des Beitrages, Veit Medick, gibt sich wenig Mühe, sein Missfallen über Goldhagens klare Worte zu verbergen. Es ist natürlich zunächst einmal bequemer und ungefährlicher, passiv und stumm zu verharren, zu beschwichtigen und die Zeit mit sinnlosen ‚Dialogen‘ zu vertrödeln. Es ist unangenehm, mit der Wahrheit konfrontiert zu werden, dass Nichtstun und Beschwichtigen falsch und gefährlich sind, genauso falsch, wie das Appeasement der Weltgemeinschaft gegenüber Hitler falsch war. „Wir müssen Irans Atomanlagen bombardieren“, sagt Goldhagen.

Die Erfahrung mit Hitler hätte gezeigt, dass man auch Wahnsinnige beim Wort nehmen sollte und sicher seien könnte, dass sie alles daran setzen würden, um ihre Prophezeiungen und Wahnvorstellungen wahr werden zu lassen. „Das sollte besser verhindert werden.“

(Spürnase: spital8katz)

- » Leserbrief an die Welt: forum@welt.de
 - » PI: [Wie rechtsextrem ist der Islam?](#)
 - » PI: [Halbmond und Hakenkreuz](#)
 - » Fakten & Fiktionen: [Goldhagen setzt Islamisten mit Nazis gleich](#)
-

Wohlkalkuliert auf Israels Menschlichkeit gesetzt

Israel bricht Angriff auf Terroristen wegen menschlicher Schutzschilder in Dschebalja im Gazastreifen ab. Schöner können palästinensische Terroristen der Weltöffentlichkeit die Menschlichkeit des Staates Israel nicht vor Augen führen: Um einen zur Schonung ziviler Leben vorher angekündigten (!) israelischen Luftangriff auf ein Mitglied des radikalen Volkswiderstandskomitees im Flüchtlingslager Dschebalja im Gazastreifen zu verhindern, mobilisierten die Terroristen Hunderte Zivilisten, die sich um das Haus versammelten. Man rechnete damit, dass der „böartige“ jüdische Staat eben nicht absichtlich zivile Opfer in Kauf nehmen würde. Der Plan ging auf. Da Israel eben immer bestrebt ist, die Tötung unschuldiger Zivilisten zu vermeiden, wurde der [Angriff abgebrochen](#).

Die Luftwaffe habe ursprünglich das Haus eines Mitglieds des radikalen Volkswiderstandskomitees im Flüchtlingslager Dschebalja im Gazastreifen bombardieren wollen, erklärte ein israelischer Militärsprecher. Um zivile Opfer zu vermeiden, habe das Militär die Familie des Extremisten 30 Minuten vor dem Angriff gewarnt. Daraufhin versammelten sich Hunderte

Nachbarn und Demonstranten auf dem Grundstück, um gegen den Angriff zu protestieren, wie palästinensische Augenzeugen berichteten. Viele von ihnen barrikadierten sich in dem Haus, einige kletterten auf das Dach. Sie streckten die Fäuste in den Nachthimmel und riefen: „Tod für Amerika und Tod für Israel.“

Ein ranghohes Mitglied der regierenden Hamas führte die ungewöhnliche Protestaktion an, die auch live im palästinensischen Fernsehen übertragen wurde. Nach der Protestversammlung rief das Volkswiderstandskomitee die Bevölkerung dazu auf, fortan mit ähnlichen Aktionen menschliche Schutzschilde zu bilden und somit angekündigte Luftangriffe von Israel zu verhindern. „Der Angriffsplan wurde verworfen wegen der vielen Leute dort“, sagte der israelische Militärsprecher. „Wir unterscheiden zwischen unschuldigen Menschen und Terroristen.“ Er warf den Extremisten vor, Zivilisten als menschliche Schutzschilde zu missbrauchen. Ungeachtet dessen werde Israel aber weiterhin Angriffe gegen extremistische Palästinenser durchführen.

Die israelische Armee greift im Gazastreifen immer wieder Wohnhäuser von Extremisten oder Gebäude an, die als Waffenlager genutzt werden. Zumeist werden die Bewohner zuvor gewarnt und zum Verlassen der Gebäude aufgefordert.

Nützen wird Israel sein menschliches Vorgehen in den Augen der Welt nichts. Man sieht es schon an der *SpOn*-Berichterstattung, wo die Rede davon ist, dass die Palästinenser „unter Einsatz ihres Lebens“ gehandelt hätten. Dabei weiß man in den Redaktionsstuben von *SpOn* ganz genau, dass die Israelis nicht absichtlich in eine Menge Zivilisten feuern und das Risiko für die Palästinenser aus diesem Grund äußerst gering war. Und die aufgehetzte palästinensische Bevölkerung wird auch kaum schlussfolgern, dass sie mit ihrem Handeln genau auf die Menschlichkeit der „bösen Juden“ setzt, die es nach ihrem Kenntnisstand doch eigentlich gar nicht geben dürfte und die

so gar nicht zu dem ihnen vermittelten Bild vom blutsaufenden Juden passt. Eine Menschlichkeit zudem, die es bei ihnen nicht gibt.

» *Lizas Welt*: [Kleiner Schmitz ganz groß](#)

» *Fakten & Fiktionen*: [Gaza – Frauen an die Front](#)

Iran sieht sich von Israel bedroht

☒ [Al Reuters](#) berichtet heute, dass der Iran (dessen Präsident bekanntlich versprochen hat, Israel von der Landkarte zu tilgen) sich bei den Vereinten Nationen am Mittwoch über die wiederholten Drohungen des jüdischen Staates, Iran zu bombardieren, beschwert habe. Die Bedrohungen wären "extrem bedenklich" und "[sehr ernst](#)" und der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sollte diese verurteilen und von Israel fordern, "davon zurückzutreten und es zu unterlassen, ein anderes Mitglied der Vereinten Nationen mit dem Einsatz von Gewalt zu bedrohen", so der iranische UN-Botschafter Javad Zarif.

Er machte diese Bemerkungen in einem Brief an UN-Generalsekretär Kofi Annan, datiert vom 10. November und zirkulierte den Brief unter den Mitgliedern der UN am gestrigen Mittwoch.

Man betrachte dies bitte im Zusammenhang mit folgender Meldung: [Ahmadinejad: Israels Vernichtung ist nahe](#). Laut iranischer Medien hat am Montag der iranische Präsident Mahoud Ahmadinejad auf einer Tagung mit iranischen Ministern erklärt, dass Israels Bestimmung sei, "zu verschwinden und zerstört zu

werden”.

“Die westlichen Mächte haben das zionistische Regime geschaffen, um ihre Kontrolle in diesem Gebiet auszubauen. Dieses Regime massakriert jeden Tag Palästinenser □ aber eben weil es ein unnatürliches ist, werden wir bald sein Verschwinden und seine Vernichtung bezeugen können”, so Ahmadinejad.

[Hier](#) kann man den iranischen Präsidenten in Bild und Ton erleben. Und [hier](#) kommt noch ein Hammer: Das maßgebliche Magazin der Jesuiten in Rom *La Civiltà Cattolica*, veröffentlichte mit ausdrücklicher Genehmigung und unter Aufsicht des Vatikans, ein Editorial über die Beziehungen zum Islam, welches eher an eine Unterwerfung erinnert. So als hätte es die Regensburger Rede des Papstes niemals gegeben. Auszug:

Um dem Terrorismus effektiv gegenüber treten zu können, müssen wir jegliche politische und militärische Gesten vermeiden, die als Bekämpfung, Beleidigung oder Verspottung der moslemischen Menschen ausgelegt werden könnten. Speziell für die israelisch-palästinensische Frage muss eine faire Lösung gefunden werden. Diese ist, aus Sicht der gesamten islamischen Welt, eine ernsthafte Wunde □ weil der Westen den Juden islamisches Land zugesprochen hat. Land, das durch ‘göttliches Recht’ bis zum Ende der Zeit ‘Allahs’ geheiligtes Land ist und somit den Moslems gehört. Es ist wahr, dass einige in den palästinensischen Behörden und unter den Palästinensern bereit sind, die Existenz Israels zu akzeptieren, aber es kann ebenfalls auf die Statuten der Hamas vom 18. August 1988 (Artikel 15) verwiesen werden: [...] Im Angesicht der Besetzung Palästinas durch die Juden müssen wir die Fahne des Jihad erheben.

Menschenrechte im Islam – Moslems, Opfer des Islam



Kriegsopfer in
Darfur

Der Islam beansprucht für sich, eine moralisch wie organisatorisch überlegene Gesellschaftsform darzustellen gegenüber allen anderen Systemen. Islam heißt Unterwerfung – unter den angeblichen Willen des Gottes Allah. Der Koran als unverfälscht offenbartes Wort Allahs definiert, zusammen mit den in den Hadithen überlieferten Handlungen und Aussagen des Propheten, die aus islamischer Sicht göttlich gewollte Konzeption für ein gerechtes und friedliches Zusammenleben aller Menschen, die sich als Moslems, übersetzt als „die Gehorsamen“, betrachten. Folglich unterteilt die islamische Lehre die Welt ein „Haus des Friedens“, dem [Dar al Islam](#), und definiert die Kulturen der Ungläubigen, in denen keine islamische Gesellschaftsordnung herrscht als [Dar al Harb](#), dem „Haus des Krieges“.

Mit der Realität stimmt diese Selbstdefinition jedoch nicht überein. Die islamische Welt weist ein enorm hohes Maß an Repression und Aggression auf, die sich immer zuerst gegen Moslems selbst richtet. Doch während der Westen permanent unter medialer und politischer Anklage steht für unterstellte wie tatsächliche Unzulänglichkeiten, wird über die Verbrechen in der islamischen Welt nur in marginalen Ausschnitten berichtet. Dadurch entsteht ein stark idealisiertes Bild von der islamischen Welt, was natürlich dem Zeitgeist pro-islamischen Denkens im Westen entspricht. Die Fakten zur Gewalt und Intoleranz des Islam wahrzunehmen, steht der

Strategie des Scheindialogs entgegen. Dieser dient bislang der Konfliktvermeidung, und nützt der islamischen Seite als propagandistische Forderungsplattform, was im Hinblick auf westliche Verfassungen einen Kurs der Selbstsabotage an unseren Grundrechten und denen der im Westen lebenden Moslems bedeut. Neben den Aspekten innerfamiliärer Gewalt und geschlechtsspezifischer Diskriminierung, die an dieser Stelle noch gesondert eingehend aufgearbeitet werden, finden in der islamischen Welt Kriege und Pogrome von teils enormem Ausmaß statt, über die westliche Medien nur sporadisch berichten.

Die im Westen ausgeprägte Ignoranz islamischer Gewalttätigkeit bedeutet zugleich Ignoranz gegenüber den Opfern des Islam. Ganz besonders betroffen hiervon sind die Moslems selbst, die derzeit die weitaus größte Opfergruppe islamischer Gewalt darstellen. Moslems als Opfer werden speziell dann von den Medien groß in Szene gesetzt, wenn hierfür westliche Täter angeklagt werden können. Die mediale Gewichtung eines Falles wie des [Taliban Kurnaz](#), im Vergleich zu Millionen Zwangsehen oder dem Massenmorden in Darfur, zeigt daß Moslems als Opfer islamischer Gewalt keine größere Lobby haben dürfen. Denn die Thematik „Gewalt gegen Moslems“ wird zum Zweck der Massenmanipulation unterrepräsentiert dargestellt, um eine ideologisch gewollte Islamverharmlosung aufrecht halten zu können. Da haben Artikel wie dieser von Welt-Autor R. Herzinger [„Wenn Muslime von Muslimen massakriert werden, schaut niemand hin“](#) wirklich Seltenheitswert:

Palästina steht mit einem Bein im Bürgerkrieg. Im Irak und in Darfur geht das Abschlachten weiter. Die Welt schaut zu und greift nicht ein. Getötete und unterdrückte Muslime haben keine Lobby. Nach einer kurzen Unterbrechung durch Israels Offensive im Gazastreifen machen die Palästinenser dort weiter, wo sie aufgehört hatten – sie zerfleischen sich gegenseitig. Unter palästinensischer Selbstverwaltung herrscht in den Autonomiegebieten Chaos und Willkür. Die nationalistische Fatah von Präsident Abbas und die formell

noch regierende radikalislamische Hamas befinden sich mit einem Bein im Bürgerkrieg. Eine der Fatah nahe stehende Terrorgruppe kündigte gar an, sie wolle den in Syrien residierenden Hamas-Chef Chaled Maschaal liquidieren. Bisher waren „gezielte Tötungen“ von Hamas-Führern nur ein Spezialität des von beiden palästinensischen Fraktionen gehassten „zionistischen Feinds“. Und welcher Aufschrei ging – nicht nur – durch die arabische und islamische Welt wegen dieser fragwürdigen Praxis der Israelis! Doch wenn Araber Araber töten, Muslime Muslime umbringen, scheint dies niemanden sonderlich aufzuregen.

Dabei werden unvergleichlich mehr arabische und muslimische Menschen von Arabern und Muslimen ermordet, verfolgt, gefoltert und gedemütigt als von Nicht-Arabern und Nicht-Muslimen. Beispiel Sudan: Dort lässt eine arabische Regierung die muslimisch-afrikanische Bevölkerung der Provinz Darfur massakrieren und vertreiben. Unter der Herrschaft des sudanesischen Diktators Omar-Hassan al-Bashir sind seit 1989 in kriegerischen Auseinandersetzungen an die zweieinhalb Millionen Menschen umgekommen. Jetzt blockiert das Regime mit chinesischer Rückendeckung die Entsendung einer handlungsfähigen UN-Friedenstruppe. Freilich haben auch Amerikaner und Europäer dem Völkermord lange genug untätig zugesehen. Schlimm genug, aber es ist bezeichnend, dass es in der arabischen Welt deshalb keinen Wutausbruch gab, und dass kein muslimisches Land Sondersitzungen der UN verlangt, um dieses Abschlachten von Muslimen zu verdammen.

Ein anderes Beispiel: Irak. Hoch schlugen weltweit die Wellen der Empörung, als Bilder von den Misshandlungen und Erniedrigungen von Gefangenen durch US-Wächter in Abu Ghraib publik wurden. Doch heute wird, nunmehr unter irakischer Regie, in den Knästen Iraks gefoltert und gequält fast wie zu Zeiten Saddam Husseins. Das ist allerdings auch kein Ruhmesblatt für die USA, sind sie doch in den Irak einmarschiert, um solche Zustände unmöglich zu machen. Doch wo sind jetzt die arabischen Regierungen und muslimischen Organisationen sowie ihre westlichen Unterstützer, die

aufbegehren, weil sie diese Demütigung von Muslimen nicht ertragen können?

Fast täglich werden in Bagdad Dutzende wehrloser Menschen willkürlich in die Luft gesprengt, erschossen oder zu Tode gequält. Die Mörder sind nicht nur islamistische Fundamentalisten, die angeblich die US-Besatzung bekämpfen, es sind auch sunnitische und schiitische Todesschwadronen, die unter Angehörigen der jeweils anderen Religionsgruppe Blutbäder anrichten. Doch Muslime, die von Muslimen ermordet werden, haben offenbar keine Lobby. Getötete und unterdrückte Muslime zählen für die Weltöffentlichkeit nicht, so lange man sie nicht als Opfer eines angeblichen „Kampfs der Kulturen“ zwischen dem Westen und dem Islam verbuchen kann.

So fragt Johan van der Kamp von der [Deutschen Welthungerhilfe](#):

„Warum tun wir nicht endlich etwas? Warum sehen wir nach Bosnien und Ruanda erneut tatenlos zu, wie Hunderttausende massakriert und verjagt werden?“ „Tausende von Dörfern sind zerstört“, sagt auch Alex de Waal, Darfur-Spezialist und Berater der Afrikanischen Union bei den Friedensverhandlungen der verschiedenen Kriegsparteien in Abuja, „auch wenn die Todesraten nicht mehr so hoch sind wie auf dem Gipfel der Auseinandersetzungen im Jahr 2004, lebt ein Großteil der Bevölkerung nach wie vor von Tag zu Tag, von der Hand in den Mund, abgeschnitten von den traditionellen Überlebensstrategien, in heruntergekommenen Lagern, wo das Überleben von fortgesetztem internationalen Interesse und Engagement abhängt.“

Im Irak bekämpfen sich Sunniten und Schiiten. Einer der Höhepunkte dieses Konfliktes war die [Zerstörung der Goldenen Moschee von Samara](#), einem der höchsten Heiligtümer der Schiiten. Hier entlädt sich ein [inner-islamischer Konflikt](#) der auf die Zeit unmittelbar nach dem Ableben des Propheten zurück geht.

Alle islamischen Länder sind Diktaturen oder weisen Verfolgung von Systemkritikern unterhalb der offiziellen Ebene, durch korantreue Moslems auf. Moslems die den Islam aufgeben wollen, sind grundsätzlich von Repression und sogar Mord bedroht, da Glaubenswechsel im Islam als eines der schwersten Verbrechen gilt.

Die Gewalttätigkeit innerhalb des islamischen Hauses des Friedens gründet auf der prinzipiellen Legitimation der Gewaltanwendung bei islamisch definiertem Fehlverhalten im Alltag aufgrund islamischer Rechtssprechung sowie Krieg und Mord auf der politischen Ebene. Diese ist konzeptionell auf Machterhalt der islamischen Gesellschaftsordnung ausgelegt und eröffnet einer entsprechenden Interpretation die Pforten, wie aus dieser [Fatwa](#) hervorgeht:

Es ist zweifellos so, dass der Prophet des Islam sagte: „Ein Muslim darf nur in drei Fällen getötet werden: 1. Wenn eine verheiratete Frau Ehebruch begeht oder 2. die Person ein Totschläger oder 3. eine von der Religion (Islam) Abgefallener ist, bzw. er eine (muslimische) Gruppe verlässt.“

Dies läßt sich dann [politisch z.B. so umsetzen](#):

„... Die verbrecherische Gruppe [gemeint sind die Schiiten] bezwecken die Abschaffung der Sunna [der Lebensweise Muhammads] und die Abwendung vom Koran... . Die besten dieser Nation, die Weggefährten des Propheten, werden in al-Khomeinis Veröffentlichungen als Abtrünnige beschrieben...“.

Während sich der Islam in der Propaganda als perfektes, Frieden schaffendes Gesellschaftskonzept darstellt, versagt dieses Konzept in der Praxis nicht nur massiv. Vielmehr fördert Gewaltanwendung, da der Islam zahlreiche Gewaltlegitimationen jederzeit bereit hält. Nicht nur gegen Ungläubige, sondern auch ausgeprägt gegen Moslems, die sich nicht Normenkonform verhalten oder machtpolitisch im Weg stehen. So findet sich im heiligen Koran eine scharfe

Abwertung von Moslems, die den Islam nicht „richtig“ (Heuchler) leben oder von ihm abfallen. Z.B. in Sure 9,73:

O Prophet, kämpfe gegen die Ungläubigen und die Heuchler. Und sei streng mit ihnen. Ihre Herberge ist Dschahannam, und schlimm ist das Ende.

Und 9,74:

Sie schwören bei Allah, daß sie nichts gesagt hätten, doch sie führten unzweifelhaft lästerliche Rede, und sie fielen in den Unglauben zurück, nachdem sie den Islam angenommen hatten. Sie begehrten das, was sie nicht erreichen konnten. Und sie nährten nur darum Haß, weil Allah – und Sein Gesandter – sie in Seiner Huld reich gemacht hatten. Wenn sie nun bereuen, so wird es besser für sie sein; wenden sie sich jedoch (vom Glauben) ab, so wird Allah sie in dieser Welt und im Jenseits mit schmerzlicher Strafe bestrafen, und sie haben auf Erden weder Freund noch Helfer.

Mordanweisungen finden sich im Koran selbst nicht, jedoch eindeutig in den anerkanntesten Haditen. So z.B. Bukhari, Band 9, Nr. 57, 58 oder [64](#):

Ganz ohne Zweifel hörte ich den Gesandten Allahs sagen: „Während der letzten Tage werden junge, törichte Leute auftauchen, die schöne Worte machen, aber deren Glaube nicht weiter geht als bis zum Hals (d.h. sie werden keinen Glauben haben) und die aus ihre Religion verlassen werden, wie ein Pfeil ein Spiel verläßt. Wo ihr sie auch findet, tötet sie. Denn jeder der sie tötet, wird dafür am Tag der Auferstehung belohnt werden.“

Die Gewalttätigkeit innerhalb der islamischen Welt muß im Zusammenhang mit den Gewaltlegitimationen der islamischen Lehre gesehen werden. Gewalt als Handlungsoption ist im Islam strukturell angelegt und wird ausdrücklich als Mittel zum

Machterhalt verwendet, aufgrund göttlich inspirierter Weisung durch den Propheten selbst. Geprägt durch die enorme Durchdringungskraft islamischer Lehre im Alltag ist es aus soziologischer wie psychologischer Sicht nur logisch und konsequent, wenn sich die islamischen Gewalt- und Repressionslegitimationen in konkreten Handlungen leicht und häufig auswirken. Und vor allem nur dann kritisiert werden, wenn sie im Widerspruch zur islamischen Lehre stehen – nicht aber weil sie Menschenrechte verletzen! Denn Selbstkritik wird aufgrund der Inhalte islamischer Lehre automatisch zur Islamkritik. Und die ist wiederum gemäß Scharia und Koran verboten weil gotteslästerlich.

Die islamische Kultur findet sich somit gefangen in einem beinahe auswegslosen Gesellschaftskonzept, das sich aufgrund des eigenen Perfektheitsanspruches als nicht reformierbar erweist. Moslems als Opfer wahrzunehmen, bedeutet aus islamischer Sicht, den Islam als nicht perfekte Kultur anzuerkennen, ...was wiederum Gotteslästerung bedeutet ...

Menschenrechte im Islam – Scharia und Konsequenz für Europa

☒ Der Islam ist untrennbar mit der Scharia, dem islamischen Recht verbunden. In jedem islamischen Land spielt die Scharia in der Rechtssprechung und der Rechtsfindung sowie als ethische Richtschnur im Alltag eine bedeutende Rolle. Die Scharia gilt allen islamischen Ländern als Definitionsgrundlage für den Begriff der Menschenrechte. So heißt es im Vorwort der [„Kairoer-Deklaration der](#)

Menschenrechte im Islam“:

Wishing to contribute to the efforts of mankind to assert (gewährleisten) human rights, to protect man from exploitation and persecution (Verfolgung), and to affirm his freedom and right to a dignified (würdevollen) life in accordance (Übereinstimmung) with the Islamic Shari'ah.

und den Artikeln

Article 24: All the rights and freedoms stipulated (festgeschriebenen) in this Declaration are subject (Gegenstand/Inhalt) to the Islamic Shari'ah.

Article 25: The Islamic Shari'ah is the only source of reference (einzige Bezugsquelle) for the explanation (Erläuterung) or clarification (Verdeutlichung) to any of the articles of this Declaration.

Die einzelnen islamischen Länder wenden die Scharia in unterschiedlicher Weise an. In Pakistan, dem Sudan, Saudi-Arabien ect. ist das islamische Recht einzige, unverfälschte Rechtsquelle. In anderen islamischen Ländern ist die Rechtssprechung an die Scharia angelehnt, d.h. inspiriert und durch diese begrenzt. In relativ liberalen islamischen Ländern ist man bemüht, nicht im Widerspruch zur Scharia zu stehen. Formaljuristisch ist nur der Türkei eine Ablösung von der Scharia gelungen, wobei es starke Bestrebungen gibt diese rückgängig zu machen.

Über die offizielle Rechtssprechung hinaus vermittelt das islamische Recht islamischen Bevölkerungen ein ethisches und moralisches Konzept, das unabhängig von der offiziellen Justiz in Handlungen umgesetzt wird, wie Zwangsehen, Züchtigungsgewalt gegen Frauen und Ehrenmorden, die aus dem selben „Vergehen“ der sexuellen Selbstbestimmung analog zur Scharia (dort per Steinigung oder lebenslangem einsperren) mit

Mord „bestraft“ werden. Der Durchdringungsgrad islamischer Rechts- und Moralvorstellungen ist verbreitet so groß, dass selbst Moslems, die nicht streng religiös sind, sich an der Ethik islamischen Rechts orientieren. Schlicht in Ermangelung eines alternativen Denk- und Wertesystems sowie auch aufgrund von moralischem Druck durch das islamische Umfeld.

Das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen in der islamischen Welt ist gravierend:

- die diskriminierte und sexuell degradierte Stellung der Frau
- totale Zensur und totales Kritikverbot an islamischer Gesellschaftsordnung und deren Grundlagen
- fehlende Rechtsgleichheit von Frauen und Ungläubigen gegenüber islamischen Männern
- vielfältige Formen der Diskriminierungen nicht-islamischer Personengruppen
- totalitärer Machtanspruch islamischer Gesellschaftsordnung
- vielfach inhumane Strafmaße und Strafmaßnahmen
- Verweigerung individueller Freiheitsrechte, insbesondere bezüglich Sexualität
- Gängelung und Entmündigung in zahlreichen Verrichtungen des Alltags, von der Wahl der Kleidung, über Ernährung, Körperhygiene, usw.

Einen Islam ohne Scharia kann es nicht geben, weil die islamische Idealgesellschaft zu Lebzeiten Mohammeds ein staatliches Gebilde samt Rechtssprechung war. Islamisches Recht stammt direkt von Allah selbst, und steht somit außerhalb jeglicher Diskussion. Es gibt lediglich Interpretationsspielräume, jedoch keine prinzipielle Möglichkeit der Ablehnung in islamischen Gesellschaften.

Von daher ist es nicht überraschend, daß die [Zustimmung zur Anwendung der Scharia](#) in islamischen Ländern sehr hoch ist:

Asked whether Shari'a should be the only source of legislation, one of the sources of legislation, or not be a

source of legislation, most Muslims believed it should at least be a source of legislation.

Even more remarkable, responses didn't vary with level of education: „Pooled data from Jordan, Palestine, Lebanon, and Egypt indicate that 58% of respondents with low education, 59% of those with moderate education, and 56% with higher education believe that Shari'a must be the only source of legislation in their countries.“*

** hoher christlicher Bevölkerungsanteil*

Nicht in allen islamischen Ländern ist die Zustimmung zur Scharia so hoch. In der [Türkei](#) schwankte sie in den letzten Jahren bis hin zu 20%, wobei allerdings die Rechtsnormen der Scharia (z.B. dass muslimische Frauen keine Ehen mit Ungläubigen eingehen dürfen) weitaus höhere Zustimmung erfahren.

Islamische Länder, die bislang als „liberal“ galten, zeigen keine Widerstandskraft gegen korantreuen Aktivismus. Wie auch – die Korantreuen können sich stets auf den Koran selbst berufen, während liberale Moslems keine, dem allgemein akzeptierten Gültigkeitsstatus des Koran vergleichbare Legitimation für ihr Anliegen vorweisen können.

So ist es nicht nur logisch und konsequent, dass in islamischen Ländern mit noch nicht arabischem Durchdringungsgrad islamischer Gesellschaftsprinzipien, diese sich vorhersehbar im Laufe der Zeit durchsetzen. Schlicht, weil sie durch Koran und Hadithe nicht nur legitimiert sind, sondern definitionsgemäß eine Notwendigkeit darstellen, um die von Allah via Mohammed verkündete, einzig richtige Form menschlichen Zusammenlebens zu gewährleisten. Die Umsetzung der Scharia ist Bestandteil islamischen Gottesgehorsams, und entzieht sich, abgesehen von den Interpretationen gemäß den Rechtsschulen, jeglicher Hinterfragung für den korantreuen Moslem.

Islamfreunde in Europa nennen, um ihre Utopie von einem möglichen, liberalen Islam mit Fakten zu untermauern, gern Indonesien als Beispiel. Sie erwähnen natürlich nicht die periodisch aufflackernden Massaker an Christen und Chinesen. Doch die jüngere Entwicklung zeigt, dass auch eine relativ liberale islamische Gesellschaft jederzeit in eine [korantreue Schariakultur](#) umkippen kann:

Jakarta, Carrefour-Supermarkt: Hinten, wo immer Wodkaflaschen im Regal standen, liegen plötzlich Plastik-Fußbälle. Hochprozentiger Alkohol ist nicht mehr im Sortiment. Vorort Tangerang: Lilis Lindawati, 35 Jahre, verheiratet, schwanger, wartet um 19 Uhr auf den Bus. Sittenwächter packen sie, ein Richter verurteilt Lilis zu drei Tagen Gefängnis. Sie stand im Dunkeln mit Lippenstift an der Straße – also sei sie Hure. Insel Sulawesi, Distrikt Bulukumba: moslemische Beamtinnen dürfen nur noch mit Kopftuch arbeiten. Stadt Makassar: Bürgermeister Ilham Arif ordnet an, dass Röcke von Schülerinnen fortan bis zum Knöchel reichen müssen. Provinz Aceh, Ortschaft Samadua: vor der Kasih-Putih-Moschee verprügelt ein Mann in roter Kutte mit seinem Rattanstock einen Lehrer. Die Menge klatscht. Danach bekommt eine Frau Hiebe. Die Geschlagenen sind kein Paar, er ist verheiratet, sie Witwe. „Sie wurden an einem Kiosk bei einem intimen Akt gefasst“, sagt Marnu Labsyar, Chef der lokalen Scharia-Behörde.

Im Westen gibt man sich der Illusion hin, mit der Demokratisierung islamischer Länder ginge eine kulturelle und politische Liberalisierung einher. Meist ist das Gegenteil der Fall:

Indonesien – knapp 90 Prozent der 240 Millionen Einwohner sind Moslems – war gestern noch moderat-islamische Muster-Demokratie. Vor zwei Jahren hatten freie Wahlen einen Wechsel von Militär- zu Volksherrschaft zementiert. Islamparteien gewannen nur ein Drittel der Parlamentssitze.

Nur ein Drittel, meint die linke FR. Berücksichtigt man den wachsenden Zuspruch dieser Parteien, ist die Machtergreifung nur noch eine Zeitfrage, denn in den Moscheen läuft die Indoktrination zur Scharia-Gesellschaft auf Hochtouren:

Indonesien 2006: Nur noch 60 Prozent der Moslems wollen den Säkularstaat beibehalten. Bis 1998 hatte Quasi-Diktator Suharto Fundamentalisten verfolgt und Religionseifer erstickt. Demokratisierung und Dezentralisierung brachten riesige Freiheiten. Heute ist sogar Verfassungsfeindschaft in Ordnung. „Demokratie ist unislamisch und muss durch Allahkratie ersetzt werden“, darf der radikale Prediger Abu Bakar Baashir öffentlich fordern. Sein legaler „Rat der Gotteskämpfer Indonesiens“ will den „puren Islamstaat“.

Kein Einzelfall: Auch im Irak, befreit vom Blutsäufer Saddam Hussein, vergab man die Chance für eine an den Menschenrechten orientierte Rechtsordnung. Statt dessen etablierte sich im [Konsens von Politik und Bevölkerung](#) das islamische Recht.

Was bedeutet es für Europa, wenn sich der Islam immer stärker ausbreitet?

Die Fakten:

- Islamisches Recht ist Bestandteil des Islam, des Koran und der Überlieferung. Es lässt sich nicht extrahieren von den spirituellen Komponenten des Islam.
- Islamische Infrastruktur dient der Etablierung der islamischen Gesellschaftsform, die islamisches Recht beinhalten muss, da es direkt von Allah stammt, somit Glaubensinhalt darstellt. Moscheen, Koranschulen und islamische Kulturzentren dienen oder begünstigen die Ausbreitung einer pro-Scharia-Haltung in islamischen Enklaven Europas.
- Je größer islamische Enklaven werden, umso mehr erfolgt die

Abgrenzung von der sündigen Welt der Ungläubigen. Umso weniger mäßigender, westlicher Einfluß, umso mehr korantreue Radikalisierung, umso weniger Akzeptanz und Verinnerlichung westlicher Werte wie Menschenrechte und Verfassungen.

Beispiel Großbritannien:

A special Guardian/ICM poll based on a survey of 500 British Muslims found that a clear majority want Islamic law introduced into this country in civil cases relating to their own community. Some 61% wanted Islamic courts – operating on sharia principles – „so long as the penalties did not contravene British law“.

Hier zeigt sich eine konträre ethische Einstellung islamischer Bevölkerungen zu westlichen Verfassungen. Die Akzeptanz westlicher Gesetze gilt nur so lange, bis es nicht möglich ist, islamisches Recht als Staatsrecht durchzusetzen.

Beispiel Schweden:

„Sveriges Muslimska Förbund“ ist mit seinen rund 70.000 Mitgliedern der einflussreichste islamische Interessenverband in Schweden. Seine Forderung lautet an Schwedens Regierung und Opposition, besondere Gesetze für im Lande lebende Moslems einzuführen.

Beispiel Deutschland:

Da sich in Deutschland überwiegend türkisch stämmige Moslems aufhalten, dürfte eine direkte Zustimmung zur Scharia geringer sein als z.B. in GB. Fragt man jedoch nach der Höherwertigkeit von Koran oder Grundgesetz, so zeigt sich ebenfalls eine deutliche Distanz zu Menschenrechten und GG.

Es sprechen alle vorliegenden Fakten, sowohl die konzeptionellen des Islam, als auch der massive Ausbau

islamischer Infrastruktur und somit die Zunahme islamischer Indoktrination, als auch die Entliberalisierung und Fundamental-Islamisierung ehemals liberaler, islamischer Länder dafür, dass die Etablierung islamischer Rechtsnormen beim Islam systemimmanent sind.

Für Europa bedeutet dies: Es spricht kein einziger Anhaltspunkt dafür, dass sich die demografisch rasch anwachsenden islamischen Minoritäten anders verhalten werden, als alle anderen islamischen Bevölkerungen in islamischen Ländern. Spätestens wenn sie große Anteile oder die Mehrheit in europäischen Ländern stellen, wird die Forderung nach der Einführung islamischen Rechts aufkommen und durchgesetzt werden.

Schon jetzt unterwirft sich die politische und mediale Elite des Westens islamischem Recht und dem Machtfaktor Islam, wenn z.B. auf Religionskritik am Islam verzichtet wird. Hier wird uns schon heute islamisches Zensur-Unrecht abverlangt, getarnt als Anstandsform. Denn die islamische Intoleranz diesbezüglich leiten sich aus der Scharia, Hadithen und Koran ab. Aus islamischer Sicht wird mit der Zensurforderung die Scharia umgesetzt.

Die Deklaration der OIC, Organization of the Islamic Conference (siehe Link oben), verdeutlicht den islamischen Anspruch nicht nur spirituelle Religion zu sein, sondern ein politisches wie juristisches Gesellschaftskonzept. Islam-Expansion in nicht-islamischen Ländern stellt für diese letztlich einen erstarkenden, juristischen wie verfassungsrechtlichen Gegenentwurf dar. Die Zielsetzung hierbei lautet, die Rechtsauffassungen der Gastländer durch islamisches Recht zu ersetzen. Denn einzig diesem kommt die Legitimation durch Allah zu. Die Hoffnungen des Westens auf einen „gemäßigten“ Islam sind faktenfreies Wunschdenken. Und selbst wenn sich dieser etablieren könnte, wäre er jederzeit gefährdet durch einen Rückfall hin zum korantreuen Islam. Der Westen öffnet dem Islam über das demokratische Prinzip Zugang

zur Macht und letztlich Gesetzgebung. [Europas Politiker](#) beginnen sich bereits auf diese Entwicklung einzustellen.

Setzt sich die gegenwärtige Tendenz so fort, läuft dies auf die Abschaffung von Grundgesetz und Menschenrechten hinaus. Die Verantwortung für künftige Generationen, die dann unter dem inhumanen Unrecht der Scharia leben müssen – oder nicht, tragen wir heute.